Dr. Philipp Murmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin-Info

November 2014, Ausgabe 18/22

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter,

eine neue Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ist nun vorbei. Deswegen erhalten Sie erneut ein kurzes Update über den „Parlamentsbetrieb“ mit einer neuen Ausgabe meines „**Berlin-Info**“.

Heute möchte ich folgende Punkte ansprechen:

1. Sterbehilfe: Orientierungsdebatte
2. Hochschulstandort Deutschland
3. BIWAQ
4. Termine

1. Sterbehilfe: Orientierungsdebatte

Am Donnerstag haben wir im Plenum fast fünf Stunden in einer sogenannten Orientierungsdebatte über Sterbehilfe diskutiert. Da derzeit sogenannte *Sterbehilfevereine* eine rechtliche Lücke ausnutzen und schwerkranken Menschen in Deutschland geschäftsmäßig organisiert Sterbehilfe leisten, wollen wir eine politische Entscheidung herbeiführen, um diese Lücke zu schließen.
Leben und Sterben in Würde ist ein Thema, das auch mich sehr bewegt. Deswegen bin ich froh, dass wir im Bundestag diese Debatte geführt haben, auch wenn mein Meinungsbild zu diesem Thema noch nicht abgeschlossen ist. Ich denke, dass ich mich endgültig erst nach einer Öffentlichen Anhörung Anfang des nächsten Jahres entscheiden werde. Wichtig für mich sind derzeit insbesondere zwei Aspekte:
(i) Organisierte Sterbehilfe dubioser Vereine sollte verboten werden.
(ii) Gleichzeitig müssen wir die Palliativmedizin und unser Hospizwesen weiter ausbauen, um den Menschen am Ende ihres Lebens eine bessere medizinische und psychologische Betreuung zu ermöglichen. Nur durch eine gute und professionelle Sterbebegleitung kann den Menschen Schmerz und Ängste vor dem Tod genommen werden. Deswegen bin ich froh, dass Gesundheitsminister Gröhe hierbei schon jetzt deutliche Verbesserungen angekündigt hat. So sollen Krankenkassen ab 2016 ihren täglichen Mindestzuschuss an Hospize um 15 Prozent erhöhen. Zudem dürfen in Zukunft mehr Kosten durch die Einrichtungen abgerechnet werden. Weitere Verbesserungen müssen wir dann im parlamentarischen Verfahren diskutieren.

2. Hochschulstandort Deutschland

In dieser Woche haben wir zwei wesentliche Änderungen beschlossen, mit denen wir einen wichtigen Beitrag für den Hochschulstandort Deutschland leisten:
(i) Zum einen haben wir den Artikel 91b des Grundgesetzes geändert. Dadurch kann der Bund künftig Hochschulen – in Abstimmung mit den Ländern und bei Projekten von überregionaler Bedeutung – „direkt und auf Dauer fördern“. Damit ver-

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227-71521
Fax: 030-227-76521
philipp.murmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Neumünster
Kieler Straße 20
24534 Neumünster
Telefon: 04321-99640
Fax: 04321-996424
facebook.com/mdbphilippmurmann

Wahlkreisbüro Plön
Lange Straße 12/Am Stadtgraben
24306 Plön
Telefon: 04522-500 488
Fax: 04522-7092
www.philipp-murmann.de

Dr. Philipp Murmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin-Info

November 2014, Ausgabe 18/22

bessern wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und eröffnen zudem Perspektiven für qualifizierte Nachwuchswissenschaftler.
(ii) Zum anderen heben wir die BAföG-Sätze zum 01.Oktober 2016 um sieben Prozent an und erhöhen zudem den Wohnzuschlag für solche BAföG-Empfänger, die nicht bei ihren Eltern wohnen, auf 250 Euro. Zusätzlich werden zum 01.Oktober 2016 die Einkommensfreibeträge um sieben Prozent ansteigen, was dazu führt, dass der Kreis der Empfangsberechtigten um mehr als 100.000 Personen ausgeweitet wird.
Entscheidend ist außerdem, dass durch die Übernahme des Länderanteils an den BAföG-Kosten durch den Bund pro Jahr fast 1,2 Milliarden Euro in den Haushalten der Länder frei werden. Fest vereinbart wurde, dass dieses Geld für Hochschulen und Schulen eingesetzt wird. So leitet z.B. Hessen seinen frei werdenden Anteil in einen zweckgebundenen Hochschulfonds.
Die Kieler Landesregierung hat dagegen angekündigt, die Mittel allein für (Gemeinschafts-) Schulen zu verwenden. Dies ist eine weitere Schwächung unserer heimischen Hochschullandschaft, die uns langfristig erhebliche Nachteile bringen wird.

3. BIWAQ

Für die Förderperiode 2015-2018 stehen bis zu 90 Millionen Euro aus ESF-Mitteln und bis zu 64,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln für das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ zur Verfügung. Interessierte Kommunen (mit Fördergebieten der Sozialen Stadt) können sich ab sofort bewerben. Mehr Infos dazu gibt es unter: www.biwaq.de

Wussten Sie schon, dass:

- Schleswig-Holstein im aktuellen Bildungsmonitor im Bereich *Hochschule* nur den vorletzten Platz belegt? Besonders schlecht schneidet Schleswig-Holstein dabei beim MINT-Anteil am wissenschaftlichen Personal ab.

4. Termine

Hier folgt nur eine Auswahl der anstehenden Termine. Bitte informieren Sie sich auch auf meiner Internetseite www.philipp-murmann.de:

- **15.Nov.:** CDU SH
  Landesparteitag
- **18.Nov.:** *Bürgersprechstunden in Neumünster und Plön*
- **22.Nov.:** CDU Probsteierhagen
  Grünkohlessen
- **24.Nov.:** Deutscher Bundestag
  Sitzungswoche

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

P.S.: Aktuelle **Fotos** der Woche finden Sie auf meiner **Facebook-Seite** oder auf meiner **Homepage**.

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227-71521
Fax: 030-227-76521
philipp.murmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Neumünster
Kieler Straße 20
24534 Neumünster
Telefon: 04321-99640
Fax: 04321-996424
facebook.com/mdbphilippmurmann

Wahlkreisbüro Plön
Lange Straße 12/Am Stadtgraben
24306 Plön
Telefon: 04522-500 488
Fax: 04522-7092
www.philipp-murmann.de